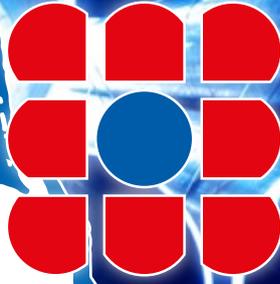




www.fa-ooe.at



# Freiheitliche Arbeitnehmer

Landesgruppe OÖ



## Mittelstand entlasten: Keine neuen Steuern!

### Grüne Schnapsidee:

Urlaub für Arbeitslose

Seite 2

### Arbeitsmarkt

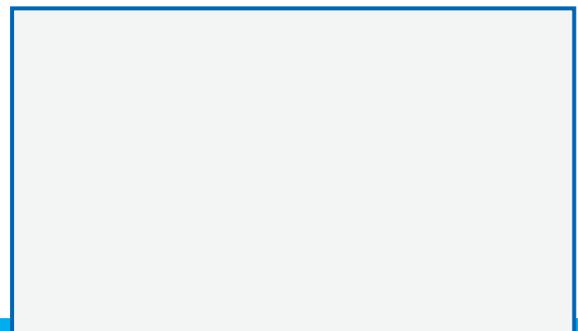
AK & OGB verraten die Arbeitnehmer

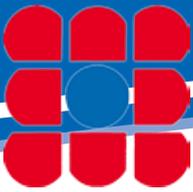
Seite 3

### Sanktionen

Arbeitsplätze sind gefährdet

Seite 4





## Liebe Kolleginnen – Werte Kollegen!

**Maßgeblich ist die Innenpolitik in den letzten Wochen und Monaten von einem Thema geprägt: Die Steuerreform, die uns bekanntlich alle entlasten soll.**

Unzählige Vorschläge, Forderungen und Ideen geistern durch die Medien. Die Freiheitlichen Arbeitnehmer haben eine klare Haltung punkto Steuerreform: Wir brauchen eine Reform der Einkommenssteuer, um den Mittelstand zu erhalten. Nur mit einer echten Strukturreform und nicht mit neuen Steuern ist das möglich.

Der von den Genossen eingeschlagene Weg geht eindeutig in die falsche Richtung. Zwar hat die SPÖ nun erkannt, dass man mit einer Millionärssteuer keine Steuerreform durchführen kann. Aber es soll nach Plänen der Kanzlerpartei an allen möglichen Steuerschrauben gedreht werden. Immerhin sollen in einer Steuergruppe sämtliche Ausnahmefälle durchforstet werden.

Gesprochen wird sogar davon, dass eine

Änderung bei der Besteuerung des 13. und 14. Gehaltes anstehen könnte und das Aus des ermäßigten Steuersatzes kommt. Die FA warnt eindringlich davor, hier eine steuerliche Benachteiligung einzuführen.

Gerade die beiden Gehälter werden oftmals von kleinen und mittleren Verdienern für Fixkosten verwendet. Kommt nun weniger Urlaubs- und Weihnachtsgeld auf die Konten der Menschen, sind Geringverdiener bedroht, in die Armut abzurutschen. Auch die Anhebung der Grundsteuer vom Einheits- auf den Verkehrswert wirkt sich auf die monatlichen Kosten der Arbeitnehmer aus. Denn wie das Amen im Gebet ist gewiss, dass dann auch die Mieten empfindlich ansteigen

werden. Kaum ein Vermieter wird auf dieser Mehrbelastung sitzen bleiben wollen.

**Manfred Pühringer**

Der Mittelstand wird diese Entwicklungen drastisch zu spüren bekommen, wenn die Pläne der Genossen tatsächlich umgesetzt werden. Wir sagen klar Nein, die Kluft zwischen Arm und Reich noch weiter zu vergrößern. Was die Menschen wirklich brauchen, ist eine Steuerentlastung und keine neuen Steuern. Die Pläne von Faymann und Genossen verdienen das Prädikat sozialistischer Steuerwahnsinn...

Glück auf!

Euer

AK-Vorstand Manfred Pühringer  
FA-Landesobmann

## Arbeitslose brauchen Beschäftigung, nicht Urlaubsanspruch

**In einem Antrag im Parlament forderten jüngst die Grünen, dass Arbeitslose das Recht auf „verpflichtungsfreie Tage bekommen.“ D. h., es soll für Beschäftigungslose möglich sein, weiterhin das Arbeitslosengeld zu erhalten und ins Ausland reisen zu können.**

Derzeit wird, wenn Arbeitslose unser Land verlassen, die Auszahlung des AMS-Geldes in der Regel ruhend gestellt. Ausnahme ist zB, wenn Arbeitslose ins Ausland fahren und glaubhaft nachweisen können, dort eine neue Arbeit zu suchen – dann können sie das Arbeitslosengeld weiter beziehen.

„Menschen, die ohne Beschäftigung sind, brauchen die vollste Unterstützung, um wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Menschen, die von der Rekordarbeitslosigkeit in diesem Land betroffen sind, brauchen Perspektiven, dass sie am Arbeitsmarkt eine Chance haben. Aber sie brauchen ganz sicher nicht einen Urlaubsanspruch.“ Für FPÖ-Landesparteiobmann, LR Dr. Manfred

Haimbuchner ist „Urlaubsanspruch für Arbeitslosenzeiten eine grüne Schnapsidee.“

Konkret schwebt den Grünen offen-

bar vor, dass man nach 90 Tagen ohne Beschäftigung Anspruch auf fünf Urlaubstage habe. „Und wer ein Jahr keine neue Anstellung findet, hat 20 Tage Anspruch.“ Dieses Ansinnen geht in die komplett falsche Richtung. „Was wir in diesem Land brauchen sind realistische Energie- und Klimaziele, die die Industrie und die Betriebe im Land halten. Mit überzogenen Klimazielen



**„Sollen Heimatbesuche ausländischer Arbeitsloser ohne AMS-Sanktionen damit ermöglicht werden?“**

gefährden die Grünen den Wirtschaftsstandort und somit Arbeitsplätze. Mit dem nunmehr geforderten Urlaubsanspruch dürften die Grünen ein neues Wählerpotential erreichen wollen. Offenbar geht es den Grünen darum, primär die Interessen ausländischer Arbeitsloser zu vertreten, um diesen einen allfälligen Besuch im Heimatland ohne AMS-Sanktionen zu ermöglichen“, so Haimbuchner.



„Senioren mit geringer Pension werden wieder die Dummen sein“

## FA fordert faires Pensionssystem

Massive Kritik kommt von FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache am neuen Pensionsmodell. AK-Rat Anton Fuchs schließt sich dieser berechtigten Kritik vollinhaltlich an: „Jene, die schon jetzt eine sehr geringe Pension beziehen, werden wieder die Dummen sein. „Wir brauchen endlich ein faires Pensionssystem in unserem Land. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, muss auch seinen Ruhestand genießen können. Die Regierung hat dringenden Handlungsbedarf.“

„Was hier beschlossen wird, ist eine reine Augenauswischerei“, so der freiheitliche Arbeiterkammerrat aus dem Salzkammergut. Jene, denen es an nichts mangelt, werden künftig 9.060 Euro zusätzlich zur ASVG-Höchstpension dazu bekommen. „Aber die, die mit einer Pension zwischen 900 und 1.200 Euro das Auslangen finden müssen, schauen einmal mehr durch die Finger“, nennt Fuchs auch Zahlen: Bereits jetzt müssen rund 240.000 Pensionisten in unserem Land im untersten Einkommensbereich ihr Leben meistern. „Sie werden mit Pensionserhöhungen abgespeist, die unter der Inflationsrate liegen. Das sind

nicht einmal mehr Almosen“, so Fuchs.

Viele Arbeitnehmer in diesem Land haben Schwerarbeit geleistet, waren ihr ganzes Leben lang berufstätig, übt Fuchs an der ASVG-Pension in der derzeitigen Form Kritik. „Zu viele Menschen im Ruhestand haben kein Auskommen mit dem Pensionseinkommen. Daher ist eine grundlegende Reform der Pensionen längst überfällig. Als erste Maßnahmen sind aus Sicht der Freiheitlichen Arbeitnehmer die Inflationsanpassung und ein einheitliches ASVG-Pensionssystem höchst an der Zeit“.

## Keine Arbeitserlaubnis für Asylanten

Ablehnend auf den Vorstoß aus den Reihen der Gewerkschaft, wonach Asylwerber eine Arbeitserlaubnis erhalten sollen, reagiert FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner: „Wir haben in Österreich eine Rekordarbeitslosigkeit. Eine Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylwerber ist eine Attacke auf die heimischen Arbeitnehmer.“

Die SPÖ beweise einmal mehr, dass sie nur noch Randgruppen vertrete und die heimischen Arbeiter im Stich lasse. „Gibt es einen Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylwerber, führt das auf alle Fälle zu einer enormen Überkapazität von Arbeitskräften. Vor allem dort, wo eine mindere Qualifizierung ausreichend ist. Ich warne zudem davor, dass damit Österreich noch attraktiver für Asylwerber wird“, stellt Haimbuchner fest.

Die Umsetzung dieser arbeitnehmerfeindlichen Forderung würde allein für Ober-

österreich bedeuten, dass mehrere tausend Asylwerber auf den ohnehin angespannten Arbeitsmarkt drängen würden. „Statt einer Arbeitserlaubnis für Asylwerber – egal in welchem Stadium des Verfahrens – müssen die Verfahren endlich rasch abgewickelt werden. Dann kommt die Frage nach einer Arbeitsgenehmigung erst gar nicht auf“, betont Haimbuchner.



Manfred Haimbuchner

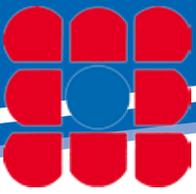
*In Österreich haben wir eine Rekordarbeitslosigkeit. Ende August 2014 waren 355.643 Personen ohne Job. Tendenz leider weiter steigend. Und geht es nach dem Willen der sozialdemokratisch geprägten Organisationen, so werde weiter linke Tagträumereien gesponnen. So gibt es einen entsprechenden Beschluss der GPA-DJP:*

## Linke Tagträumereien

*Dabei spricht sich der ÖGB für einen besseren Zugang für Asylwerber zum Arbeitsmarkt aus. Auch die Produktionsgewerkschaft mit den mächtigen Metallern will Asylwerbern den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen. Nicht nur die Zahl der Arbeitslosen in unserem Land ist hoch. Immer mehr Menschen finden mit ihrem Einkommen kein Auskommen mehr. Mehr als 400.000 Personen befinden sich in einem Beschäftigungsverhältnis mit niedrigen Löhnen.*

*Statt Arbeit für Asylwerber einzufordern und zu diskutieren, sollten Arbeiterkammer und ÖGB sich mit dem gleichen Elan dafür einsetzen, dass die österreichischen Arbeitnehmer endlich jene Entlohnung erhalten, die sie brauchen, um ihr Leben finanzieren zu können. Immerhin ist die AK ja die Zwangs-Interessensvertretung der heimischen Arbeitnehmer. Sie sollte sich daher wieder darauf zurück besinnen, sich in der Regierung für die Interessen der Arbeitnehmer einzusetzen. Eindeutig der falsche Weg ist aus Sicht der Freiheitlichen Arbeitnehmer, die Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylwerber zu fordern.*

*Welche skurrile Forderung kommt als Nächstes? Eine Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylwerber – wie vehement von AK und ÖGB gefordert – ist für die Freiheitlichen Arbeitnehmer ein Verrat an den Arbeitnehmern. Kommt es zu einer Öffnung des Arbeitsmarktes, verschärft sich die Situation am Arbeitsmarkt zusätzlich. Hier vertragen AK und LÖGB mehr als offensichtlich die Interessen der heimischen Arbeitnehmer.*



## Im Gespräch: Drei Fragen an AK-Rat Rudi Kroiß

# „Rot-Schwarze Freunderlwirtschaft“

**Lieber Rudi, wie lange bist Du schon bei den Freiheitlichen Arbeitnehmern und was hat Dich dazu bewogen, Dich für diese einzusetzen?**

Ich bin schon seit über 20 Jahren bei der FA. Als junger Familienvater musste ich damals feststellen, dass sich die rot-schwarze-Freunderlwirtschaft wie ein Krebsgeschwür in vielen Bereichen unseres täglichen Lebens eingenistet hat. Jemanden, der immer seine Steuern und Beiträge bezahlte, dann auch noch als Bittsteller hinstellen, war für mich als Schichtarbeiter und zeitkritischer Geist nicht zu akzeptieren. So kam ich zur Politik und zu Jörg Haider. Vieles wurde damals aufgedeckt und abgeschafft und dem „SPÖVP-Privilegiensumpf“ das Wasser abgegraben. In diesem Lebensabschnitt entdeckte ich auch meine Vorliebe zu arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Themen. Dazu absolvierte ich sehr viele Weiterbildungen, bis hin zur Gewerkschaftsschule. So wurde ich mit der Zeit dann als Betriebsrat, Betriebsratsvorsitzender, Laienrichter am AS-Gericht und aktuell als Arbeiterkammerrat in AK-OÖ und Bundesarbeiterkammer gewählt oder nominiert.

**„Unter Haider wurde dem ‚SPÖVP-Privilegiensumpf‘ das Wasser abgegraben.“**

Unsere damaligen Slogans „sozial statt sozialistisch“ und „Arbeit muss sich lohnen“ haben für mich nichts von ihrer Aktualität verloren. Im Gegenteil, gerade in der anhaltenden Wirtschaftskrise braucht der Arbeitnehmer mehr denn je eine Interessens-

vertretung mit Herz und Verstand. Das sehe ich als meine Aufgabe und dafür werde ich mich auch weiterhin einsetzen.

**In Deinem Bezirk gibt es viele Mitglieder. Wie schaffst Du es, den Kontakt zu ihnen zu halten?**

Unser schöner Bezirk Vöcklabruck umfasst 52 Gemeinden und zählt flächenmäßig zu den Größten in Oberösterreich. Das bringt mit sich, dass die Kontaktpflege mit den Mitgliedern sehr zeitaufwendig ist. Man kann dieser nie ganz gerecht werden.

**„Mich kann jeder anrufen und ich versuche mit Rat und Tat weiter zu helfen.“**

Pro Jahr gibt es zwei bis drei Informationsveranstaltungen. Dabei stehen tagespolitische Themen auf der Tagesordnung. Aber auch Freundschaft und Geselligkeit kommen dabei nie zu kurz. Ich bin auch als Bezirksparteiobmann-Stellvertreter viel unterwegs. Bei Terminen in den Ortsgruppen werden von mir natürlich auch sozialpolitische Themen im Sinne der Freiheitlichen Arbeitnehmer angesprochen und diskutiert. Im Vordergrund steht natürlich der persönliche Kontakt. Mich kann jeder anrufen. Nach meinen Möglichkeiten versuche ich, bei arbeits- oder sozialrechtlichen Problemen mit Rat und Tat weiter zu helfen.

**Momentan scheint das Wort „Politikverdrossenheit“ allgegenwärtig. Wer Dich kennt, weiß, dass Du Dich von dem nicht unterkriegen lässt.**

**Gibt es etwas, dass Du unseren Lesern mit auf den Weg geben möchtest?**

**„Wer hohe Türme bauen will, muss lange beim Fundament verweilen“!**  
(Anton Bruckner)

In der Politik geht nicht alles von heute auf morgen. Und ich glaube genau diese Ungeduld ist der Grund, warum immer mehr Menschen von der Politik fernbleiben. Genau das nützt jenen politischen Gruppierungen, die gar nicht wollen, dass das Recht vom Volke – wie in der Bundesverfassung verankert – ausgeht. Sehen kann man das derzeit bei den aktuellen Themen wie TTIP, Ceta oder diversen EU-Ratifizierungen. Wir müssen Politik wieder „erklärbar“ machen, um hier ein Umdenken zu bewirken. Wir müssen die Leute von dort abholen, wo sie sich gerade befinden. Und das sollte man nicht als Populismus abqualifizieren, sondern als gelebtes bürgernahes Demokratieverständnis sehen.

**„Ungeduld ist ein Grund, warum immer mehr Menschen von der Politik fernbleiben.“**

Ich kann hier nur jeden Interessierten ermutigen, sich mehr mit Politik zu beschäftigen. Der freie mündige Bürger, der die Geschicke unseres Landes bei demokratischen Wahlen mitbestimmt – das soll unser hoher Turm sein, wir werden aber noch lange beim Fundament verweilen müssen.

# wie Krebsgeschwür“

**Name:**

AKR GV Rudolf Kroiß

**Geburtsjahr:**

1965

**Wohnort:**

Ottgang am Hausruck

**Familie:**

verheiratet, 2 Kinder

**Beruf:**

Betriebsvorsitzender / Arbeiter  
Betriebsausschussobmann u. gemäß §  
110 ArbVG entsandtes Mitglied im Auf-  
sichtsrat der Eternitwerke L. Hatschek  
AG

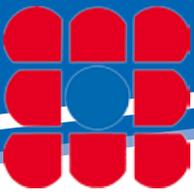
**Mandate:**

Gemeindevorstand und Arbeiterkam-  
merat (AK OÖ / Bundesarbeiterkam-  
mer)

**Funktionen:**

Ortsparteiobmann, Bezirksparteiob-  
mann Stv., Präsidiumsmitglied FA OÖ  
und FA-Bundesvorstandsmitglied





**Russland-Sanktionen:**

## Sanktionen steigern Arbeitslosenquote



**Nicht nur die Bauern leiden unter den Sanktionen Russlands. Auch große heimische Betriebe, die wichtige Arbeitgeber in der Region sind, sind betroffen. „Der blinde EU-Gehorsam unserer Regierung, die komplett zu vergessen scheint, dass in unserer Verfassung die Neutralität verankert ist, gefährdet Arbeitsplätze“, so der Landesobmann der Freiheitlichen Arbeitnehmer, AK-Vorstand Manfred Pühringer. Erste Auswirkungen in der Industrie waren rasch da: die Firma MAN Steyr hat mit Anfang Oktober wegen mangelnder Aufträge zumindest für sechs Monate auf Kurzarbeit umgestellt.**

weniger Verdienst, schlechtere Chancen. Und ganz klar ist, dass sich das auch auf die Kaufkraft und somit die Konjunktur in unserem Land auswirken wird“, hofft Pühringer, dass das Erwachen aus dem Dornröschenschlaf von SPÖ und ÖVP nicht zu spät erfolgen wird. „Was kommt nach Äpfelessen? Sollen die Bürger LKW kaufen, um den Absatzmarkt zu erhalten?“, so die ironische Frage des FA-Arbeitnehmervertreters.

**Manfred Pühringer**

„Von den insgesamt 2.400 Mitarbeitern bei MAN werden seit Oktober 2.000 Arbeitnehmer in die Kurzarbeit geschickt werden“, kritisiert Pühringer, dass die „große Weltpolitik auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen wird.“ Es sei noch nicht abzuschätzen, wie lange der für viele Industrie- und Wirtschaftsbereiche wichtige Absatzmarkt Russland ausfallen werde.

„Es ist zu befürchten, dass sich mit diesem übereifrigen EU-Gehorsam unserer Bundesregierung die negative Entwicklung am heimischen Arbeitsmarkt weiter verschärfen wird. Und ich höre jetzt schon Hundstorf und Genossen, die sich den Anstieg an Beschäftigungslosen nicht erklären kön-

nen. Den Preis für diese Brüssel-Hörigkeit bezahlen die Menschen: Weniger Arbeit,



**Weniger Arbeit, weniger Verdienst, schlechtere Chancen wirken sich auch auf Konjunktur in Österreich aus**

# „Kabarett am See“ voller Erfolg

Ein Sommerfest mit Angriff auf die Lachmuskeln fand auf Einladung der FA OÖ am Attersee statt. „Die Kabarettisten „Blitzgneisser“ sorgten mit ihrem Programm „Na ned na na“ für viele Lacher und gute Stimmung“, freut sich der Landesobmann der Freiheitlichen Arbeitnehmer, AK-Vorstand Manfred Pühringer über den Erfolg des blauen Arbeitnehmerfestes.

Als Ehrengäste konnten unter anderem der Bundesobmann der FA, LABg. Bernhard Rösch, die Nationalratsabgeordneten Heinz Hackl und Philipp Schrangl sowie der Fraktionsobmann der FA Oberösterreich, Rudolf Bachmaier, begrüßt werden. Das Wetter war den freiheitlichen Arbeitnehmern gut gestimmt.



## Arbeitsmarktgipfel:

# Wir sind nicht Europas Sozialamt!

Vor dem Hintergrund der dramatischen Arbeitslosenzahlen in der Landeshauptstadt Linz lud ÖVP-Stadträtin Susanne Wegscheider Ende Oktober zu einem Arbeitsmarktgipfel. Teilnehmer waren neben den Sozialsprechern der Parteien auch das AMS und die Sozialpartnerschaft.

FA-Landesobmann Manfred Pühringer nahm als Sozialsprecher der FPÖ Linz daran teil und berichtet danach: „Besser spät als gar nicht. Aber ob dieser Arbeitsgipfel wirklich die Arbeitsprobleme in Linz lösen kann, ist fraglich. Agierten doch genau jene Teilnehmer, die seit Jahren keine nachhal-

tigen Lösungsvorschläge präsentieren können!“

Die ersten Ergebnisse bestätigen auch Pühringers schlimmste Befürchtungen. „Die am Arbeitsgipfel ausgearbeiteten und vorgeschlagenen Konzepte sind nicht

zukunftsweisend und beschäftigen sich lediglich mit Randgruppen. Eine nachhaltige Bekämpfung der heimischen Arbeitslosigkeit sieht anders aus – würde aber weder in das rote noch schwarze politisch korrekte Bild passen“, ist Pühringer überzeugt: „Eine der größten Arbeitslosengruppen sind bildungsferne Zuwanderer. Diese Gruppe wurde komplett ausgeklammert. Statt endlich den heimischen Markt vor weiteren Zuwanderern zu schützen, werden immer mehr „Billigstlöhner“ aus dem Ausland in die Stadt geholt.

„Linz ist längst keine Insel der Seligen mehr. Es ist leider traurige Tatsache, dass der einstig stolze Wirtschaftsmotor derzeit gewaltig stottert. Es vergeht kein Monat ohne düstere Arbeitsmarktstatistik. Doch statt endlich zu handeln, machen es SPÖ und ÖVP ihren Bundesparteien gleich und betreiben aktive Verdrängungspolitik“, ist Pühringer verärgert: „Bevor wir nicht die kritische Situation am heimischen Arbeitsmarkt in den Griff bekommen, dürfen keine weiteren ausländischen Arbeitskräfte ins Land geholt werden. Wir sind nicht Europas Sozialamt!“



Österreichischer Arbeitsmarkt ist vor „Billigstlöhnern“ aus dem Ausland zu schützen



## Gute Nachbarn verstehen einander

Seit Juni bekommt man in OÖ eine Genossenschaftswohnung, nur wenn man über ausreichende Deutschkenntnisse verfügt. Und seit 1. September müssen sich Wohnungssuchende in Wels in unserer Sprache ausdrücken können, um eine Sozialwohnung der Stadt zu erhalten. Nach dem Motto „Gute Nachbarn verstehen einander“ soll mit dieser neuen Vergaberichtlinie ein besseres Zusammenwohnen ermöglicht werden.

Das Beherrschen der deutschen Sprache als Vergabekriterium für geförderte Wohnungen sei ein „K.-o.-Kriterium“, so der FPÖ-Vizebürgermeister von Wels, Dr. Andreas Rabl. „Wer nicht ausreichend Deutsch spricht, hat keinen Anspruch auf eine geförderte Wohnung“, sieht Rabl darin einen wichtigen Schritt für eine funktionierende Integration.

Allein im September hätten schon vier Wohnungswerber wegen unzureichender Deutschkenntnisse abgewiesen werden müssen.

„Nur durchs Reden kommen die Leut z'samm. Wenn Bewohner nicht einmal die Hausordnung lesen können, entstehen zwangsläufig Probleme“, betont Haimbuchner. Fehlende Deutschkenntnisse seien häufig die Hauptursache bei Konflikten in Wohnhäusern: Nun werde das Konfliktpotenzial deutlich entschärft. Gelten wird diese Richtlinie für Angehörige von Drittstaaten – also Länder außerhalb der EU.

# Projekt „Junges Wohnen“ startet

„Wir wollen junge Menschen dabei unterstützen, den Traum von der ersten eigenen Wohnung Wirklichkeit werden zu lassen“, erklärt Landesrat Dr. Manfred Haimbuchner seine Beweggründe für das Projekt „Junges Wohnen“ in Oberösterreich. Dass Bedarf vorhanden ist, belegen auch Zahlen: Im Dezember 2012 waren 7.003 Oberösterreicher im Alter von 18 bis 29 Jahren auf Wohnungssuche.

Für junge Familien, aber auch für ältere Mitmenschen, gibt es bereits Förder-schienen. Viele junge Menschen wollen als Startwohnung allerdings nur schnell eine kleine und günstige Wohnung. Aus der elterlichen Wohnung auszuziehen ist ein wichtiger Schritt in ein eigenständiges Leben. „Diesen Schritt muss man sich allerdings erst einmal leisten können. Daher ist die erste Wohnung ja meistens nicht die Wohnung fürs Leben, sondern muss ganz andere Kriterien erfüllen“, so Haimbuchner. Es sei nötig, in den Neubau zu investieren und günstigen Wohnraum zu schaffen. Dies soll in Zusammenarbeit mit den gemeinnützigen Bauvereinigungen und den Gemeinden erreicht werden.

„Errichtet werden sollen Wohnungen, die max. 65 m<sup>2</sup> groß sind und nur in Miete vergeben werden“, präzisiert Haimbuchner die Pläne. Der überwiegende Anteil der Wohnungen soll 30 und 45 m<sup>2</sup> haben. „Die Verweildauer beträgt acht Jahre. Die Wohnung kann bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres bewohnt werden.“ Auch die Gemeinden sollen ihren Teil dazu beitragen und

entsprechende Baugründe bereitstellen. Die Landesförderung soll von 58 auf 66 Prozent angehoben werden. „Ich erwarte mir einen spürbaren Rückgang der Mieten“, so der FP-Landeschef. Eine 45m<sup>2</sup> Wohnung inkl. Betriebskosten soll bei rund 320 Euro Monatsmiete liegen.

„Auch im Wohnbaubereich gilt die Devise: Andere zögern, ich pack' an! Das Projekt ‚Junges Wohnen‘ ist ein nachhaltiges Projekt. Die Genossen haben 30 Jahre lang in diesem Bereich im Dornröschenschlaf verweilt. Mir ist es als Wohnbaulandesrat in meiner ersten Amtszeit bereits gelungen, dass wir in Zukunft in Zusammenarbeit mit Genossenschaften und Gemeinden jungen Menschen den Start ins eigenständige Leben in den eigenen vier Wänden ermöglichen“, so Haimbuchner.



## Kriterien:

- ❑ Die Wohnungsgrößen betragen 30/45/max. 65 m<sup>2</sup>.
- ❑ Die Vergabe darf ausschließlich in Miete erfolgen.
- ❑ Es darf kein Finanzierungsbeitrag vom Mieter eingehoben werden.
- ❑ Das Objekt soll vorrangig auf einem Baurechtsgrund errichtet werden.
- ❑ Die Wohnungen können bis zum vollendeten 35. Lebensjahr bewohnt werden.
- ❑ Mietverträge gelten nicht länger als acht Jahre und dürfen nicht verlängert werden.

